



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Mali – Juli bis Dezember 2024

31. Dezember 2024

01. Juli 2024

Oppositionspolitiker verhaftet und angeklagt

Wie Medien berichten, hat die malische Militärregierung am 20.06.24 mehrere Vorsitzende eines Bündnisses von politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen bei einem privaten Treffen im Haus eines ehemaligen Ministers in Bamako festgenommen. Ein Vertreter einer der Parteien gab an, dass elf Personen verhaftet wurden. Es handelt sich bei den meisten von ihnen um Anführer politischer Parteien, die gegen die Militärregierung eingestellt sind. Unter ihnen befinden sich Vorsitzende von politischen Parteien und Bewegungen, die eine am 31.03.24 veröffentlichte Erklärung unterzeichnet hatten, in der die Junta aufgefordert wurde, die Macht an die Zivilbevölkerung zurückzugeben. Das Bündnis fordert in einer Erklärung die sofortige Freilassung der Personen. In diesem Oppositionsbündnis, bekannt als Oppositionsplattform der Erklärung vom 31. März (franz.: Plateforme d'opposition de la Déclaration du 31 mars), sind fast alle politischen Parteien Malis vertreten. Die Militärjunta hatte im April 2024 ein Dekret erlassen, das die Einstellung aller Aktivitäten politischer Parteien mit der Begründung der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gefordert hatte.

Wie eine Justizquelle berichtete, befanden sich die Festgenommenen in der Brigade d'Investigation Judiciaire (BIJ) in Bamako und wurden am 21.06.24 dem Staatsanwalt vorgeführt.

Am 21.06.24 wurde einer der Festgenommenen, Mohamed Ali Bathily, ein Rechtsanwalt und ehemaliger Minister, freigelassen. Die zehn anderen wurden am 24.06.24 einem Richter vorgeführt und u.a. wegen „Verschwörung gegen die Regierung“ und „Untergrabung der öffentlichen Ordnung“ angeklagt und anschließend in Untersuchungshaft genommen.

Menschenrechtsorganisationen fordern die Freilassung der Inhaftierten und äußern Bedenken nach dem Vorfall. So sei es immer gefährlicher, seine Unzufriedenheit mit den malischen Behörden zu äußern und es zeige, dass diejenigen, die ihre Meinung sagen, eine Verhaftung riskieren.¹

08. Juli 2024

Tote bei Angriff auf ein Dorf in Zentralmali

Laut Medienberichten sollen am 01.07.24 bewaffnete Männer das Dorf Djiguibombo (Region Mopti) angegriffen haben. Zum Zeitpunkt des Angriffs fand in dem Dorf eine Hochzeit statt. Bei dem Angriff sollen mindestens 40 Menschen gestorben sein. Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.²

29. Juli 2024

Tote bei Angriff in Zentralregion

Bewaffnete Angreifer haben am 21.07.24 mindestens 25 Menschen bei einem Angriff auf das Dorf Dembo in der Zentralregion nahe der burkinischen Grenze getötet. Dies teilte ein Regierungsbeamter mit. Die meisten der Opfer hätten zum Zeitpunkt des Angriffs auf ihren Feldern gearbeitet. Bislang habe sich noch keine Gruppe zu dem Angriff in der seit Jahren vom bewaffneten Konflikt betroffenen Region bekannt. Die mit al-Qaida assoziierte dschihadistische Gruppe JNIM stünde jedoch im Verdacht, da diese häufig Zivilpersonen auf ähnliche Weise in der Region angreife. Bereits am 01.07.24 hatte es einen Angriff durch mutmaßliche Mitglieder der Gruppe JNIM in dem Dorf Djiguibombo im Zentrum des Landes gegeben, bei dem ebenfalls mindestens 21 Personen einer Hochzeitsgesellschaft getötet wurden.³

Militärangehörige der Verstümmelung von Leichen beschuldigt

Seit 16.07.24 wurden vier Videos in den sozialen Medien veröffentlicht, die Mitglieder der malischen und burkinischen Armee bei der Verstümmelung von Leichen zeigen. Die Aussagen der Militärmitglieder deuten Medienberichten zufolge auf mutmaßliche kannibalistische Praktiken hin. In den Videos sollen mutmaßliche Mitglieder der malischen Forced armées maliennes (FAMa), des malischen Fallschirmjägerkommandos, des burkinischen 8. Bataillon d'Intervention Rapide (BIR) sowie der paramilitärischen Gruppe Volontaires pour la défense de la patrie (VDP) zu sehen sein. Der Generalstab der Streitkräfte von Burkina Faso und Mali verurteilte die Taten in den Videos. U.a. Oppositionelle der Militärregierungen fordern den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) auf, die mutmaßlichen Verbrechen zu untersuchen.⁴

12. August 2024

Kämpfe in Nordmali

Laut verschiedenen Medienberichten kam es in Nordmali nahe der Grenze zu Algerien zwischen dem 25.07. und 27.07.24 zu mehrtägigen Kämpfen im Ort Tin Zaouatine. Dabei sollen malische Rebellen über 80 Wagner-Söldner getötet und weitere gefangen genommen haben. Auch 47 malische Soldaten sollen getötet worden sein. Laut Berichten sollen malische Soldaten und Wagner-Söldner in einen Hinterhalt von Tuareg-Rebellen und Kämpfern der mit al-Qaida verbundenen dschihadistischen Gruppierung Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) geraten sein. Dabei sollen die Tuareg-Rebellen wichtige Informationen aus der Ukraine erhalten haben, was auch vom Sprecher des ukrainischen Militärgeheimdienst erklärt worden sei. Die malische Militärjunta gab bekannt, die diplomatischen Beziehungen zur Ukraine abubrechen, da sie die Ukraine für den Angriff auf malische Streitkräfte mitverantwortlich macht und ihr Unterstützung von internationalem Terrorismus vorwirft.⁵

23. September 2024

Attentate in Bamako töten dutzende Menschen

Am 17.09.24 haben mutmaßliche Dschihadisten in der Hauptstadt Bamako Attentate sowohl auf ein Trainingscamp der Militärpolizei als auch auf den Flughafen der Stadt verübt und dabei über 70 Menschen getötet und mindestens weitere 200 Menschen verletzt. Medien teilten mit, dass sie diese Informationen aus Quellen innerhalb der Sicherheitsbehörden und des diplomatischen Dienstes erhalten hätten. Die malische Regierung habe keine Angaben zur Anzahl der Opfer gemacht. Im seit Jahren anhaltenden Konflikt kommt es regelmäßig zu Attentaten durch mutmaßliche Dschihadisten in den nördlichen Regionen des Landes. Bamako war seit dem Jahr 2016 von Attentaten unberührt gewesen.⁶

18. November 2024

RFI: Mutmaßliche Tötung von Zivilpersonen durch Wagner und malische Armee

Wie Radio France Internationale (RFI) am 13.11.24 berichtete, hat die Gruppe Wagner mit Mitgliedern der malischen Armee am 10.11. und 11.11.24 eine Operation in der Stadt Lerneb (Region Timbuktu) nahe der

mauretanischen Grenze durchgeführt. RFI habe aus mehreren lokalen Quellen zusammengetragen, dass in diesem Zuge sieben Zivilpersonen hingerichtet worden seien. Die Leichen seien verstümmelt aufgefunden worden. Die Opfer seien u.a. Tuareg gewesen und hätten den lokalen Quellen zufolge keinerlei Verbindungen zu bewaffneten Gruppen gehabt.

Die malische Armee habe sich weder öffentlich noch auf Nachfragen von RFI zu dieser Operation geäußert. Eine in Bamako ansässige Quelle aus Sicherheitskreisen hätte RFI jedoch mitgeteilt, dass die Operation intern mit einer Bilanz von sechs toten „verdächtigen Zivilisten“ festgehalten wurde.⁷

02. Dezember 2024

Premierminister nach Kritik an Junta ausgewechselt

Choguel Kokalla Maïga, seit der Machtübernahme durch Assimi Goïta am 24.05.21 Premierminister (vgl. BN v. 31.05. u. 07.06.21), wurde am 20.11.24 von seinen Aufgaben entbunden. Der Berichterstattung zufolge hatte der Zivilist Choguel Maïga anlässlich einer Feierlichkeit beklagt, von wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, insbesondere auch was den Zeitplan für die Rückkehr zu einer zivilen Regierungsform anbelange. Wahlen zur Beendigung der Übergangsphase mit der Militärjunta an der Spitze des Staates waren mehrmals verschoben worden (vgl. BN v. 08.04. u. 27.05.24). Nun stelle sich die Frage nach dem weiteren Umgang der Junta mit Choguel Maïga, der weiterhin politisch aktiv bleiben wolle.

Zum neuen Premierminister wurde der weiteren Berichterstattung zufolge am 21.11.24 mit General Abdoulaye Maïga ein Militärangehöriger benannt. Das Militär erhöhe damit weiter seine Kontrolle. General Maïga habe bislang an der Spitze des Ministeriums für Territorialverwaltung gestanden, dessen Leitung er behalten dürfe. Hierzu zähle auch die Organisation von Wahlen. Bei den wesentlichen Ministerposten habe es trotz der Ernennung eines neuen Premierministers keine Veränderungen gegeben.⁸

Wegen Kritik an Burkina Faso: Lizenzentzug für TV-Sender

Die malische Hohe Behörde für Kommunikation (HAC) entzog laut Medienbericht auf Beschwerde des burkinischen Kommunikationsrats (CSC) hin dem privaten Fernsehsender Joliba TV News mit Wirkung zum 26.11.24 die Lizenz. Vorausgegangen war ein Auftritt von Issa Kaou N'Djim, in welchem er der burkinischen Junta vorgeworfen habe, den letzten angeblichen Putschversuch inszeniert zu haben. N'Djim wurde am 13.11.24 in Bamako festgenommen (vgl. BN zu Burkina Faso v. 18.11.24). Seine Gerichtsverhandlung sei für den 23.12.24 angesetzt.

Nur wenig später, am 28.11.24, haben Burkina Faso und der CSC im Gegenzug die Leitung der burkinischen Tageszeitung L'Observateur Paalga wegen eines umstrittenen Artikels über die Beförderung von Generälen in Mali vorgeladen.⁹

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de

-
- 1 Africanews: Opposition activists arrested in a crackdown in Mali were moved to prisons, 27.06.24; HRW: Mali's Junta Renews Assault on Political Opposition, 25.06.24; Le Monde: Mali. Onze opposants à la junte, dont des chefs de partis, arrêtés à Bamako, 21.06.24; Reuters: Malian political parties say leaders arrested amid crackdown, 21.06.24; RFI: Mali. Les opposants arrêtés le 20 juin attendent toujours de passer devant la justice, 24.06.24.
 - 2 Aljazeera: Dozens killed in attack on village in central Mali, 03.07.24; CNN: Around 40 killed in attack on central Mali village, 03.07.24.
 - 3 Africanews: Mali. Au moins 26 morts dans une attaque près du Burkina Faso, 23.07.24; Africanews: Mali wedding attack kills 21, 04.07.24; Deutsche Welle: Mali. Armed group kills dozens at wedding celebration, 03.07.24; RFI: Mali. Une attaque jihadiste fait 25 morts à Dembo dans le centre du pays, 22.07.24.

-
- 4 Le Monde Afrique: Au Sahel, des accusations de cannibalisme contre des militaires relancent les appels à la justice internationale, 25.07.24; RFI: De nouvelles vidéos de soldats cannibales au Mali et au Burkina, 24.07.24; Africa Newswire: Burkina: The army searches for alleged soldiers responsible for mutilations, 24.07.24.
 - 5 BBC: Mali cuts diplomatic ties with Ukraine over Wagner ambush claims, 05.08.24; Frankfurter Rundschau: Mali löst diplomatische Beziehungen zur Ukraine auf, 06.08.24; AfricaNews: Ukraine denies involvement in Mali attack, says cutting ties 'short-sighted', in: Africanews, 06.08.24.
 - 6 France 24: Major jihadist attack in Mali's capital killed more than 70, security source says, 19.09.24; Le Monde: Mali. Les attaques djihadistes à Bamako ont fait plus de 70 morts, 19.09.24; Reuters: Dozens killed in Mali attack by Al Qaeda affiliate, 20.09.24; UN News: UN chief strongly condemns Mali terrorist attack, 19.09.24; VOA: Attack in Mali capital killed more than 70, security sources say, 19.09.24.
 - 7 RFI: Mali. L'armée et Wagner exécutent sept civils à Lerneb, dans la région de Tombouctou, 13.11.24.
 - 8 Africanews: Mali: Civilian PM sacked after criticizing junta, cabinet dismissed, 20.11.24; BBC News: Mali junta chief Assimi Goita fires PM Choguel Kokalla Maïga and government, 21.11.24; RFI: Mali: Choguel Maïga n'est plus à la primature, mais prépare son retour à la vie politique, 21.11.24; Jeune Afrique: Mali : l'irrésistible ascension d'Abdoulaye Maïga dans l'ombre d'Assimi Goïta, 22.11.24; RFI: Mali: qu'indique la composition du nouveau gouvernement ?, 22.11.24.
 - 9 Jeune Afrique: Le Mali décide de fermer Joliba TV News, 23.11.24; RFI: Burkina Faso: «L'Observateur Paalga» convoqué devant le Conseil supérieur de la communication, 28.11.24.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-1395

Stand

12/2024

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de